

NEUE WEGE IN EIN NEUES EUROPA



POLITIK FÜR BÜRGER UND REGIONEN IN GANZ EUROPA

**Zukünftige Regionalpolitik, Kohäsion
und Gemeinschaftsinitiativen**

*Arbeitsgemeinschaft Europäischer Grenzregionen
Oktober 2002*

I. Bedingungen für neue Politiken in einer erweiterten EU

Die **Herausforderung** für die Jahre nach **2007** besteht darin, für eine erweiterte EU **neue flexible Politiken** für Strukturfonds, Kohäsion und Gemeinschaftsinitiativen zu entwickeln, die trotz sachlicher und finanzieller Prioritäten den vielfältigen Interessen der gesamten Europäischen Union gerecht werden. Die Debatte darf nicht verkürzt werden auf EU-Förderprogramme. Sie muss vielmehr eine grundsatzpolitische Dimension sowie eine sozialkulturelle und wirtschaftliche Dimension umfassen.

Neue politische, wirtschaftliche und soziale **Ziele** für die erweiterte EU bedingen eine **Überprüfung** und **Anpassung** der bisherigen **Instrumente**, nicht umgekehrt. Eine statistische, mit bisherigen Instrumenten begründete Verschiebung der EU-Fördermittel von „West nach Ost“, ein Rückzug der EU aus der Raumentwicklungs- und Regionalpolitik sowie den Gemeinschaftsinitiativen in der bisherigen EU hätte fatale Folgen – politischer, wirtschaftlicher und sozialer Art.

Kohäsionspolitik (Artikel 158 EU-Vertrag) dient den **Interessen der gesamten Gemeinschaft**, nicht nur der finanziellen Unterstützung der ärmsten Regionen.

II. Politische Ansätze einer zukunftsweisenden Regional- und Kohäsionspolitik

Eine erweiterte EU benötigt eine **territoriale Kohäsion** und eine konsequente Umsetzung des „bottom-up“-Prinzips unter Wahrung von Subsidiarität und Partnerschaft.

Eine in sich **kohärente langfristige Politik** ab 2007 muss alle wesentlichen Bereiche der EU-Politiken umfassen und integrieren: Raumentwicklungs-, Regional-, Agrar- und Sozial-, Innovation- und Forschungspolitik etc.

Sie muss im Hinblick auf die Auswirkungen der Europäischen Einigung und der Globalisierung verstärkt eine **polyzentrische Entwicklung des Gemeinschaftsgebietes** fördern, insbesondere auch durch die EU-Gemeinschaftsinitiativen.

Eine solche Politik erfordert neben gemeinsamen Zielen auch die Erkenntnis, dass die vielfältigen sozial-kulturellen Grundlagen in Europa sowie grenzübergreifende und europaweite Kooperation die Basis bilden für nachhaltige wirtschaftliche Entwicklung.

Angesichts limitierter Finanzierungsmittel der EU und der notwendigen Priorität für Mittel- und Osteuropa, erscheint das **Bruttosozialprodukt** als alleiniger bzw. wesentlichster Maßstab für eine europäische Struktur- und Kohäsionspolitik eher **ungeeignet**, solange dabei das Spiegelbild – die **Kostenseite** – **außer acht** gelassen wird.

Eine zukunftsweisende politische Gesamtstrategie sollte **differenzierte Förderhöchsätze in der gesamten erweiterten EU** einführen:

- Hohe, differenzierte Fördersätze in Mittel- und Osteuropa (z.B. 50-80 %) nach unterschiedlichen regionalen Situationen in und zwischen diesen Staaten,
- niedrige Fördersätze in der bisherigen EU (z.B. für eine kurze Phase noch bis zu 75 %, dann 30 - 50 %).

Dies trägt den **unterschiedlichen Co-Finanzierungsmöglichkeiten** und **Realitäten** in der erweiterten EU Rechnung. Außerdem wird eine **Harmonisierung** bisher **unterschiedlicher Kriterien** für EU-Politiken (EUREK, Strukturfonds, Forschung und Inno-

vation) möglich: Hauptkriterien wie BSP und Beschäftigung sind um Faktoren wie Wirtschaftsstruktur, Innovation, Erreichbarkeit, Qualifizierung der Arbeitskräfte zu ergänzen.

III. Neue Politik für die Gemeinschaftsinitiativen

Eine Integration der Gemeinschaftsinitiativen in nationale Mainstream-Programme beinhaltet große Gefahren:

- jeder Mitgliedsstaat kann grenzübergreifende, transnationale oder interregionale Themen aufnehmen oder nicht. Wenn dies der Nachbar nicht oder mit anderen Prioritäten tut, ist z. B. grenzübergreifende Zusammenarbeit kaum mehr möglich.
- Das Interesse an tatsächlichen grenzübergreifenden Programmen und Projekten geht verloren.
- Die Gemeinschaftsinitiativen entfallen praktisch für die heutigen EU-Binnengrenzen.

Unterschiedliche Rechts- und **Verwaltungssysteme, Strukturen, Steuern und Soziasysteme, Wirtschaftsförderungssysteme, Rettungswesen, arbeitsrechtliche Faktoren, Berufsqualifikationen etc.** bestehen weiterhin und schaffen **neue Grenzprobleme**. Diese Unterschiede reiben sich nicht nur an den heutigen und zukünftigen Außengrenzen, sondern auch weiterhin an den Europäischen Binnengrenzen. Die Nationalstaaten haben diese Probleme bisher nur schwer oder gar nicht gelöst. Auch die Grenzregionen können dies ohne EU-Hilfe nicht schaffen. Erst mit **INTERREG** wurden gezielt **Fördermittel für die Grenzgebiete** eingesetzt und dadurch **nationale Co-Finanzierung gebunden**, die ohne INTERREG wegfallen.

IV. Gemeinschaftsinitiativen für die gesamte EU

Die Bedeutung der Grenz- und grenzübergreifenden Regionen in Europa wächst durch die EU-Erweiterung: in den Beitrittsländern umfassen 66 % der Fläche Grenzgebiete, in denen 58 % der Bevölkerung wohnen.

„**Gemeinschaftsinitiativen**“ bedeuten eine **Verantwortung der EU** für **europaweit und die zukünftige Entwicklung** bedeutsame Themen. Deshalb muss INTERREG auch in Zukunft europaweit eingesetzt werden, und zwar für alle Grenzprobleme (nicht nur wirtschaftlicher Art), die bestehen oder neu entstehen werden.

Belässt man die **Gemeinschaftsinitiativen**, trotz aller bekannten Schwierigkeiten, in den Europäischen Strukturfonds, so sollten sie dort zumindest **als eigenständiges politisches Ziel** (also nicht als Ziel-Gebiet) definiert werden.

Die bisherige Umsetzung der Europäischen Gemeinschaftsinitiativen im Rahmen der Europäischen Strukturfonds sind aber mit erheblichen Restriktionen, Hindernissen und Erschwernissen verbunden.

DESHALB SOLLTEN DIE GEMEINSCHAFTSINITIATIVEN AUS DEN STRUKTURFONDS AB DEM JAHRE 2007 GELÖST WERDEN.

Gemeinschaftsinitiativen bleiben langfristig **das einzige Finanzierungsinstrument der Europäischen Union**, mit der **Bürger und Regionen in ganz Europa** erreicht sowie Subsidiarität und Partnerschaft bürgernah verwirklicht werden können.

Getrennt von den Strukturfonds lässt sich eine eventuell notwendige Mittelerhöhung für die Gemeinschaftsinitiativen leichter durchsetzen. Die zusätzlichen Mittel wären bei einer gestaffelten Förderung für ganz Europa gering.

Jede dieser Gemeinschaftsinitiativen sollte mit einem entsprechenden europaweiten Netzwerk – geführt von den Hauptakteuren – verbunden sein.

*F:\DATA\WPWINALG\AGEG\REFERATE und STELLUNGNAHMEN\2001\Regionalpolitik Kurzfassung\Version
AGEG MGV Oktober 2002\Kurzfassung DT 1909.doc*